

# Deutsch-Ungarisches Forum 24. Jahrestagung



# Deutsch-Ungarisches Forum

*Am 18. und 19. November fand die 24. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums und das vierte Junge Deutsch-Ungarische Forum in der Repräsentanz Magyar Telekom Nyrt. in Budapest statt. Die vom Institut für Europäische Politik (IEP) in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DUIHK) organisierte Konferenz stand in diesem Jahr im Zeichen der ungarischen Grenzöffnung und dem Fall der Mauer vor 25 Jahren. Für über 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter hochrangige Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft, bot die 24. Jahrestagung abermals eine Plattform zum intensiven gemeinsamen Gedanken- und Erfahrungsaustausch.*

## Eröffnung des Deutsch-Ungarischen Forums 2014

Die 24. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums wurde von Prof. Dr. Peter Balázs, ehemaliger Außenminister von Ungarn und Vizepräsident des Ungarischen Rates der Europäischen Bewegung, sowie Elmar Brok, MdEP und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, eröffnet. Zu Beginn führten die Ko-Präsidenten des Deutsch-Ungarischen Forums mit Verweis auf den geschichtsträchtigen Kontext des diesjährigen Forums, „Ungarische Grenzöffnung und 25 Jahre Mauerfall“, und den vielfältigen historisch-kulturellen Verflechtungen zwischen Deutschland und Ungarn, aber auch mit der Europäischen Union (EU) in die Veranstaltung ein. Balázs betonte die enge und freundschaftliche Zusammenarbeit beider Länder, die seit nunmehr 24 Jahren in dem jährlich stattfindenden Forum zum Ausdruck komme. Eine große Plakatwand auf der Bühne mit der Botschaft „Danke Ungarn“ illustrierte die Bedeutung des 25. Jahrestags der ungarischen Grenzöffnung für die Beziehungen beider Länder im Rahmen einer der Deutschen Botschaft in Budapest initiierten Plakatkampagne. Diese wurde zum Auftakt am Vorabend des



Konferenztages beim Dinner-Empfang, zu dem die deutsche Botschafterin, Lieselore Cyrus, eingeladen hatte, in ihrer Begrüßungsansprache vorgestellt. József Czukor, ungarischer Botschafter in Berlin, begrüßte die Kampagne und plädierte in seiner Ansprache vor allem für ein gegenseitiges Verständnis für die nationalen Interessen beider Länder.

## Grußworte seitens der deutschen und ungarischen Regierungen zu aktuellen Fragen der Europapolitik

Nachdem Michael Frank, Leiter der Unternehmensstrategie und Portfoliomanagement, die Teilnehmenden in der Repräsentanz der Magyar Telekom Nyrt. willkommen geheißen hatte, sprachen



László Szabó, Staatssekretär des ungarischen Ministeriums für Außenwirtschaft und Auswärtige Angelegenheiten, und Ministerialdirektor Martin Kotthaus, Leiter der Europaabteilung des Auswärtigen Amts, von Seiten der ungarischen und deutschen Regierungen zu aktuellen Fragen der Europapolitik und den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn, die eine

„Ehe mit Reibungen“ sei, so Szabó. Neben den zukunftsorientierten und eng miteinander verflochtenen bilateralen Beziehungen in der Politik und Wirtschaft spielten im Besonderen die Verbundenheit Deutschlands und Ungarns im Rahmen der EU, die Förderung einer vielfältigen und lebendigen Zivilgesellschaft, die Neustrukturierung der EU-Kommission und die Herausforderungen durch die Ukraine-Krise eine zentrale Rolle in ihren Ansprachen. Die Wahrung der Vielfalt der verschiedenen Sprachen und Kulturen in der EU und die Förderung einer vielfältigen und lebendigen Zivilgesellschaft würden wichtige Aufgaben der EU darstellen, so Kotthaus. In diesem Zusammenhang kritisierte er den Polizeieinsatz gegen mehrere in Ungarn ansässige Nichtregierungsorganisationen, der nicht zielführend und wenig angebracht gewesen sei. Abschließend richtete Reinhold Gall, MdL und Innenminister des Landes Baden-Württemberg, den Fokus seines Grußwortes auf die besonderen Beziehungen zwischen dem Bundesland Baden-Württemberg und Ungarn.

### Paneldiskussion I: Europäische Einheit und nationale Eigenständigkeit aus ungarischer und deutscher Perspektive

Die erste Paneldiskussion setzte sich mit dem Verhältnis zwischen der EU als Gemeinschaft und der Rolle des einzelnen Nationalstaats auseinander. Während József Szájer und Elmar Brok aus der Perspektive ihrer langjährigen Erfahrungen als Abgeordnete im Europäischen Parlament argumentierten, warf Gergely Pröhle, stellvertretender Staatssekretär des Ministeriums für Humanressourcen, einen ungarisch-praktischen Blick auf den geführten Diskurs. Ergänzt wurde dieser durch die wissenschaftlich-analytische Perspektive von Prof. Dr. Norbert Kroó, Ordentliches Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und Präsident des Ungarischen Rats der Europäischen Bewegung, und Dr. Kai-Olaf Lang, Leiter der Forschungsgruppe EU-Integration der Stiftung Wissenschaft und Politik. Einig zeigten sich die Panelisten darin, dass die EU „ein Mosaik [sei], das

aus vielen kleinen verschiedenen Teilen bestehe“, und eine Zentralisierung der EU aufgrund der historisch-kulturellen Vielfalt nicht zielführend sei. Jedoch bestehe die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns europäischer Staaten in Politikbereichen wie beispielsweise in der Wirtschafts- und der Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgabe der EU sei es, den vielfältigen deutsch-ungarischen Beziehungen, die unter anderem aus zahlreichen Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften und guten Wirtschaftsbeziehungen bestünden, einen Ordnungsrahmen zu verleihen. Ein solches Verständnis von der EU als gemeinsamer Rahmen der EU-Mitgliedsstaaten sei unabdingbar zu befördern, damit der öffentliche Diskurs zur EU-Integration nicht durch neue, euroskeptische Kräfte in Europa wie beispielsweise die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) in Deutschland hin zu mehr nationaler Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten gelenkt werde. Umso wichtiger sei es, ein neues Gemeinschaftsgefühl in Europa zu schaffen und den Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten zu stärken. Dissonanzen in den bilateralen Beziehungen seien in Bezug auf den Stellenwert der europäischen Integration in der Innenpolitik beider Länder zu beobachten, da die Vertiefung der EU in Deutschland traditionell eine Bedingung für die Politik darstelle, während sie in Ungarn eher als Bedrohung für die nationale Eigenständigkeit wahrgenommen werde. Daher müsse eine Vertrauenspolitik betrieben werden, die unter anderem die Entwicklung einer europäischen Dimension der deutsch-ungarischen Beziehungen befördere. Zudem müsse die Kommunikation zwischen den Akteuren auf der nationalen und europäischen Ebene und zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden, waren sich die ungarischen Panelisten einig. Pröhle bezog dies vor allem auf die europaweit viel kritisierte Rede von Orbán, in der der ungarische Ministerpräsident vom „Ende der liberalen Demokratie“ gesprochen habe. Solche Missverständnisse entstünden, wenn man ungarische Reden eins zu eins ins Deutsche übersetze, ohne zu berücksichtigen, dass viele Begrifflichkeiten in beiden Sprachen unterschiedliche Bedeutungen haben, wie beispielsweise „liberal“ oder „nationale Interessen“. Zu den zentralen Bereichen, in denen beide Länder zukünftig verstärkt zusammenarbeiten sollten, zählten die Panelisten vornehmlich die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die europäische Energiepolitik sowie auf die in den beiden Ländern existierenden Leitbilder der europäischen Integration konzentrieren.



## Paneldiskussion II: Die Prioritäten der EU-Außenpolitik aus ungarischer und deutscher Perspektive

In der zweiten Paneldiskussion unter Vorsitz von Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor des Instituts für Europäische Politik, und Dr. György Fóris, Bildungsdirektor und Leiter der Büros für Europäische



Analysen von BruxInfo sprl., spielten die GASP und die gegenwärtige Ukraine-Krise sowie die ENP, die Erweiterung um den Westbalkan und die außenpolitische „soft power“ der EU eine zentrale Rolle. Zsolt Németh, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im ungarischen Parlament, Vince Szalay-Bobrovniczky, stellvertretender Staatssekretär im ungarischen Ministerium

für Außenwirtschaft und Auswärtige Angelegenheiten, und VLR I Karl Matthias Klause, Referatsleiter für die bilateralen Beziehungen zu den EU-Ländern Mitteleuropas inklusive Ungarns, legten die jeweils ungarische oder deutsche Perspektive auf die EU-Außenpolitik dar. Dr. Gerhard Sabathil, Direktor beim Europäischen Auswärtigen Dienst, ergänzte dies durch eine europäische Innen-Perspektive. Der Journalist der ungarischen Zeitung Magyar Nemzet, Gábor Stier, rundete das Panel mit seinem Kurzstatement aus einer nichtstaatlichen und beobachtenden Außenansicht ab. Mit Blick auf die Ukraine-Krise sei Ungarn zwar für ein gemeinsames Vorgehen gegen Russland, jedoch hinterfragten die ungarischen Panelisten, ob die bisherigen Sanktionen zu einem sinnvollen Ergebnis führten und nicht nur wie bisher die EU stärker belasteten. Insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland sollten nicht weiter aufs Spiel gesetzt werden, um einen „frozen conflict“ in den Staaten der Östlichen Partnerschaft, den Ungarn befürchte, zu vermeiden. Hingegen betonte Klause, dass Russland militärisch vorgehe und auch das Verhalten der NATO und der USA gegenüber Russland derzeit durch eine Kombination von Verteidigung und Abschreckung charakterisiert sei, die EU jedoch nicht zu militärischen Mittel greife. Die „Waffe“ der EU sei vor allem ihre durch diesen Konflikt neu gewonnene Einheit und, wie Sabathil hinzufügte, ihre *soft power*. Besonders pessimistisch war hingegen die Einschätzung, dass man von einem außenpolitisch starken Europa weit entfernt sei. Die EU verfüge über keine konsequente GASP, da diese nur aus einem organisatorischen Rahmen bestehe, der jedoch nicht mit Inhalten gefüllt sei. Außerdem ergreife die GASP keine Initiative, sondern laufe den Ereignissen nur hinterher, wie dies sehr gut in der Ukraine-Krise zu beobachten gewesen sei. Zu den außenpolitischen Prioritäten zählten die ungarischen Panelisten des Weiteren den Erweiterungsprozess um den Westbalkan. Die deutschen Panelisten schlossen jedoch eine Erweiterung um Moldau, Ukraine und Georgien sowie um den Westbalkan in den kommenden Jahren eher aus.

In der anschließenden Diskussion war die Frage, ob die wirtschaftlichen Sanktionen der EU gegenüber

Russland zu Krieg zwischen den beiden Parteien führen könnten, von zentraler Bedeutung. Neben den Folgen des erheblichen Vertrauensverlusts in Russland und den wirtschaftlichen Schäden durch die Sanktionen der EU habe Putin nicht mit der Geschlossenheit der EU gerechnet. Ob es zu einem Krieg kommen würde oder ob Russland bereits Krieg führe, vermochte aber keiner der Panelisten zu beantworten. Das Ziel der EU sei zunächst, die Ukraine politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu stabilisieren und Russland langfristig in das europäische Sicherheitssystem zu integrieren.

### **Arbeitsgruppe I: Soziale und wirtschaftliche Kohäsion: Relevanz, Instrumente, Finanzierung**

Die Panelisten stimmten darin überein, dass das Ziel einer EU-weiten sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion erstrebenswert, jedoch noch lange nicht erreicht sei. Erhebliche Investitionen vor allem im Bildungsbereich seien erforderlich, um dies in Zukunft zu erreichen. Dies treffe im Besonderen auf Ungarn zu, das unter einer hohen Arbeitslosigkeit, insbesondere unter jungen Menschen, einer



informellen Wirtschaft und Korruption sowie einem schwachen Mittelstand leide. Ungarn müsse von den westlichen Staaten, insbesondere von Deutschland, lernen, sagte Prof. Dr. Ákos Bod, Corvinus Universität Budapest. Die Transformation Ungarns sowohl nach dem Systemwechsel als auch beim EU-Beitritt sei schließlich im Vergleich zur erfolgreichen deutschen Anpassungspolitik

nach dem Mauerfall weniger geglückt. Es habe Ungarn vor allem an einer effektiven und langfristigen Strategie gefehlt, die, wie das Beispiel Deutschland nach der Wende gezeigt habe, schließlich sehr viel Geduld erfordere. In Bezug auf die EU nahmen die Panelisten eine eher pessimistische Haltung ein. Für eine langfristige Kohäsion der europäischen Ökonomien sei der politische Integrationsprozess der EU zu langsam und ungenügend vorangeschritten. Es fehle vor allem an konkreten und effektiven Projekten im Mittelstand und in der Industrie. Zudem habe mit der Eurokrise ein gegenteiliger Prozess zur Konvergenz eingesetzt, denn die wirtschaftlichen Unterschiede unter den Mitgliedstaaten hätten zugenommen.

### **Arbeitsgruppe II: Demokratische Partizipation und Zivilgesellschaft: Die Vielfalt der deutsch-ungarischen Beziehungen anhand von Projekten und *best practices* aus Kultur, Wirtschaft, Städtepartnerschaften**

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Begriffe „Kultur“ und „Zivilgesellschaft“ und ihre Bedeutung für die bilateralen Beziehungen beider Länder sowie auf Städtepartnerschaften und anderen Projekten gelegt. So mache die Kultur mehr als nur Film und Theater aus. In Form der

Kulturdiplomatie stelle sie auch eine wertvolle Stütze der Wirtschaft dar, da sich internationale Unternehmen bei der Wahl ihres Standorts auch an kulturellen Angeboten und dem Bildungsangebot an Schulen und Universitäten orientierten. Ungarn wolle daher wie Deutschland im Bereich der Kulturdiplomatie in Zukunft aktiver werden, da diese die Basis für eine Vielzahl von bilateralen Kooperationen und Projekten bilde. Schließlich seien beispielsweise Thüringen und Ungarn nicht nur durch die gemeinsame Geschichte im kommunistischen Block miteinander verbunden, sondern auch durch starke Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere in der Automobilindustrie. Zudem verbünde auch die Städte Erfurt und Győr eine langjährige Erfahrung als bilaterale Städtepartner. Der Begriff der Zivilgesellschaft hingegen, der selbst erst in den 1980er Jahren modern geworden sei und seither unterschiedliche Bewegungen beschreibe, deren gemeinsamer Nenner die Forderung nach Transparenz und die Mobilisierung von Menschen sei, wurde kontrovers diskutiert. Einerseits wurde organisierte Zivilgesellschaft als eine oppositionelle Bewegung verstanden, die sich meistens gegen etwas richte und der es schwer falle, sich für etwas auszusprechen. Andererseits wurde der Begriff als ein Zusammenschluss von Menschen definiert, die gemeinsam für ein Ziel eintrete. Mit Blick auf das Verbandswesen zeige sich, dass die Beziehungen Deutschlands zu Ungarn vielfältig durch Organisationen wie beispielsweise die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Industrie- und Handelskammer geprägt seien. Eine breite europäische Zivilgesellschaft unterstütze schließlich die Schaffung einer vernetzten europäischen Innenpolitik und stärke das Gemeinschaftsgefühl der Europäer. In diesem Zusammenhang fand die Europäische Bürgerinitiative auf EU-Ebene besondere Erwähnung, da sie eine neue Form zivilgesellschaftlicher und transnationaler Mobilisierung und Partizipation darstelle.

### Arbeitsgruppe III: Junges Deutsch-Ungarisches Forum

Die Teilnehmenden des jungen Forums beschäftigten sich mit dem Thema „Europa-Konzeptionen in Deutschland und Ungarn: Konvergenz oder Divergenz?“, das von den Studierenden der



deutschsprachigen Andrassy Universität in Budapest selbst ausgewählt wurde. Themen wie Europamüdigkeit und zivilgesellschaftliches Engagement unter den Jugendlichen wurden von den jungen Diskussions teilnehmenden leidenschaftlich diskutiert. Moderiert wurde dieses sehr offen gestaltete Diskussionsforum von Dr. Funda Tekin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts

für Europäische Politik und Kinga Joó, Generalsekretärin des Ungarischen Rates der Europäischen Bewegung. Nach einleitenden Kurzvorträgen von Tamás Molnár von der Studierendenschaft der Andrassy Universität in Budapest, Linn Selle, Preisträgerin „Frau Europas“ 2014 und

Bundessekretärin der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) und Viktória Blahó, Young Citizens Danube Network (YCDN), diskutierten die Teilnehmenden zunächst in kleinen Gruppen und anschließend im Plenum. Einleitend hob Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy Universität, den wertvollen und innovativen Beitrag des jungen Forums für die gesamte Veranstaltung hervor. Zunächst wurde konstatiert, dass das allgemeine Desinteresse in den europäischen Bevölkerungen gegenüber der EU eines der größten Probleme der EU darstelle. Zwar hätten sich sowohl Deutschland als auch Ungarn durch einen anfänglich ausgeprägten „Europositivismus“ ausgezeichnet. Dieser sei aber in Ungarn nach dem EU-Beitritt verfliegen. Die teils unrealistischen und immensen Erwartungen der ungarischen Bevölkerung an die europäische Integration hätten nicht erfüllt werden können und innenpolitische und wirtschaftliche Krisen trübten zusätzlich das Ansehen der EU. Zudem bestehe in Ungarn generell eine eher passive politische Kultur, die sich nicht nur in der niedrigen Wahlbeteiligung zeige, sondern insbesondere in dem stark zunehmenden Anti-Europa-Trend im politischen und öffentlichen Diskurs. Die EU genieße hingegen unter ungarischen Studierenden unter anderem aufgrund des ERASMUS-Programms ein hohes Ansehen. Außerdem stelle die EU angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Ungarn einen Ort des Wohlstands dar. Dennoch sei bislang nicht nur unter den Jugendlichen in Ungarn, sondern auch in Deutschland kein großes Interesse an Europa und der Zukunft der EU zu finden. Die EU sei für junge Menschen „unsexy“, komplex und unverständlich. Um das europapolitische Engagement zu fördern, biete das YCDN daher Projekte wie einen Erstwähler-Workshop, eine Projekt-Bootsfahrt RIVE Cruising Europe und ein trinationales Jugend-Workcamp in Budörs in Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. in Ungarn an. Auch in Deutschland gebe es neben den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen, politischen und proeuropäischen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und Projekten von und für junge Menschen, wie den Deutschen Bundesjugendring und die Jugendparteien.

## Schlussplenum und Ansprachen der Vertreter der bilateralen Parlamentariergruppe



Die Ergebnisse der drei Arbeitsgruppen wurden im Schlussplenum zusammengetragen. Insbesondere das Junge Forum fand großen Beifall. Einen Einblick in die Arbeit der bilateralen Parlamentariergruppe gaben MdB Christian Petry, Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-ungarischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, und MdNV Zsolt Csenger-Zalán, Stellvertretender Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im ungarischen Parlament. Sie betonten, wie wichtig es für die deutsch-ungarischen Beziehungen sei, ein Signal des Vertrauens zu senden, wozu sich insbesondere das Deutsch-Ungarische Forum vortrefflich eigne. Petry verurteilte jedoch die



Durchsuchung und Beschlagnahmung von ausländischen Nichtregierungsorganisationen in Ungarn, da eine solche staatliche Einschüchterung in keinem demokratischen Land vorkommen dürfe. Csenger-Zalán verwies auf die ungarische Grenzöffnung, die insbesondere in Deutschland die Einigung mit den Brüdern und Schwestern aus Ostdeutschland ermöglicht habe. Damit habe Ungarn auch ein Signal des Vertrauens ausgesendet. Beide Parlamentarier schlossen ihren Vortrag mit Blick auf den zukünftigen Dialog der Parlamentariergruppe, dessen langfristiges Ziel ein friedliches, demokratisches und geeintes Europa sei.

Das Schlusswort sprach der Minister für Humanressourcen, Zoltán Balog. Er bedankte sich zunächst für die Plakatkampagne „Danke, Ungarn!“ der deutschen Botschaft, für die er aus seinem Umfeld sehr viele positive Rückmeldungen erhalten habe. Er stimmte mit beiden Vorrednern überein, dass richtige Entscheidungen Vertrauen schafften und dass diese auch die Grundlage für die deutsch-ungarischen Beziehungen in den letzten Jahren gewesen seien. Eine bilaterale Freundschaft wie die der Deutschen und Ungarn, die seit mehr als tausend Jahre bestehe, müsse auf dem Streben nach gegenseitigem Verständnis von beiden Seiten fußen. Dennoch würden immer noch Kommunikationsprobleme zwischen den Ländern das Verhältnis zuweilen trüben. Bezüglich der polizeilichen Durchsuchungen ausländischer Nichtregierungsorganisationen versicherte Balog, dass diese von ungarischen Rechtsorganen überprüft werden könnten. Zuletzt sprach Balog die demografische Lage in Europa an und problematisierte insbesondere den „brain drain“ von Europa in die USA, welcher als eine gemeinsame Herausforderung für die EU-Mitgliedsstaaten wahrgenommen und diesem entgegen gewirkt werden solle. Zum Abschluss bedankte sich Prof. Dr. Peter Balázs, auch im Namen seines Ko-Vorsitzenden Elmar Brok, bei den Organisatoren und den Teilnehmenden des diesjährigen Deutsch-Ungarischen Forums. Er hob nochmals die Bedeutung der jährlichen Tagung für die bilateralen Beziehungen beider Länder hervor, insbesondere in Bezug auf den historischen Kontext der diesjährigen Veranstaltung, dem 25. Jahrestag der ungarischen Grenzöffnung und des Mauerfalls.

